



Verminderung der direkten Steuern und zur Befestigung des Kapitalismus? Und dazu noch das Zentrum des Herrn Krumborn heranziehen, das ängstlich darauf bedacht ist, den Ausschlag an die Rechtsparteien zu verleihen?

Wir sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen für die Durchführung einer wirklich sozialistischen Politik; als Mittel der Bourgeoisie und als Stütze ihrer Herrschaft den Schein der Macht zu suchen, das darf man uns nicht anrechnen.

Aber ist eine bürgerliche Regierung nicht eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung? Wir könnten darauf antworten, daß ja auch die Koalitionsregierung nichts anderes gemacht hat als bürgerliche Politik. Daß es für uns kaum schlimmer kommen könnte als unter Noske und Heine. Aber wir wollen doch sagen, daß uns eine bürgerliche Regierung durchaus nicht so gefährlich zu sein scheint. Es ist richtig, daß der Kampf der Arbeiterklasse noch erschwert werden kann, wenn das Bürgertum allein über die Verwaltung verfügt. Aber wir denken, daß die Arbeiterklasse stark genug ist, um jeder bürgerlichen Regierung sehr bestimmte Schranken zu setzen. Eine solche Regierung wird bei den bestehenden Machtverhältnissen es sehr langsam vermeiden müssen, die Arbeiterklasse allzusehr herauszufordern, sie wird weder parlamentarisch noch gesellschaftlich so stark sein, um der Arbeiterklasse dauernden Schaden zufügen zu können.

Eine bürgerliche Regierung bedeutet aber Klarheit und bessere Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse. Das Entzünden der deutschen Parteien, die Verantwortung mittragen zu sollen, sinkt von Stunde zu Stunde. Das ist sehr begreiflich. Die Aufgabe, das Wirtschaftsleben, das der Krieg zerstört hat, wieder aufzurichten, ist nicht leicht und ist auf kapitalistischer Basis nicht möglich, wenn die Arbeiterklasse vom Willen zum Sozialismus erfüllt ist. Gesellschaftlich betrachtet ist deshalb die bürgerliche Regierung keine Stärkung, sondern eine Schwächung der herrschenden Klassen, während die Koalition, wie die Klügeren und Weitsichtigeren unter ihnen erkannten, ihre Sicherung bedeutet.

Aber ist eine bürgerliche Regierung möglich? Ein Teil der demokratischen Presse schwört, daß ein Zusammengehen mit den Rechtsparteien ausgeschlossen sei. Wir können beim besten Willen zwischen den Herren Nieber und Stresemann einerseits, den Herren Siemens und Dernburg andererseits keinen so großen Unterschied entdecken. Die republikanische Bestimmung? Die hat sich bei allen am Nachmittag des 9. November offenbart und Herr Stresemann wird die Republik wieder schöner finden, wenn er sie mitregiert. Wirtschaftlich oder sind die Herren doch wirklich nicht so verschieden und die Wirtschaft ist ja doch für sie alle das Entscheidende. Am demokratischen Widerstand, denken wir, wird die Sache nicht scheitern und schließlich werden die Herren der „Allgemeinheit das Opfer bringen“.

Und die Rechtssozialisten? Sie erklären, sich von uns absolut nicht mehr trennen zu können; mit uns in die Opposition, nur mit uns in die Regierung! Ihre Liebe verdrängt die Trennung nicht mehr.

Wir sind gerührt und wollen also glauben. Wir können das um so leichter, als wiederum geschichtlich und nicht aus der parlamentarischen Großperspektive gesehen, die Sache nicht ganz so wichtig ist, als sich Reichspräsident und Mandatsträger einbilden. Treten die Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei (die Deutschnationale Partei regiert dann auch ohne Vertretung in der Regierung in der Tat mit) in eine Koalition ein, dann sind sie als Arbeiterpartei erledigt. Treten sie in Opposition, dann werden die rechtssozialistischen Arbeiter sehr rasch erkennen, daß diese nur wirksam geführt werden kann auf den Boden unserer Grundsätze. Dann wird die Stellung der Arbeiterklasse als solche rascher gefestigt und die Entwicklung beschleunigt.

Deshalb kann nach unserer Auffassung die Unabhängige Sozialdemokratie der Regierungsbildung mit Gelassenheit entgegensehen. Wir berechnen nicht die Anzahl der Mandate und unsere Politik ist kein Additionsexempel. Wir verlassen uns auf die soziale Kraft der Arbeiterklasse und wir wissen, daß sie durch die Entwicklung gestärkt und für den schließlichlichen Sieg gerüstet werden wird.

## Die Stimmung bei den Rechtssozialisten.

Welche Stimmung — wenigstens gestern — in den stehenden Kreisen der Rechtssozialisten herrschte, ergibt sich aus folgendem Bericht der „P. P. R.“:

Wie die „P. P. R.“ aus führenden sozialdemokratischen Kreisen hören, erscheint entsprechend den Erklärungen des Reichstagspräsidenten Müller im Wahlkampf auch jetzt der Gesamtpartei bei der Bildung der Regierung jede Konzeption nach rechts hin ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie hat sich seit der Revolution für das deutsche Volk gepfeift und allein ununterbrochen die Verantwortung der Regierungstätigkeit auf sich genommen, weil der Friede unbedingt geschlossen und Deutschland vor dem Zerfall durch äußere Feinde geschützt werden mußte. Aber diese Aufopferung der Sozialdemokraten hat ihre Grenzen. Jetzt ist kein Frieden mehr zu schließen und kein unbedingt zwingender Notstand gegeben.

Die Opposition von rechts gegen die frühere Koalitionsmehrheit ist fast gewachsen. Unter diesen Umständen trägt die U. S. P. die Verantwortung dafür, ob eine links- oder rechtsgerichtete Regierung im Reich gebildet wird. Die U. S. P. muß zeigen, ob sie gewillt ist, das Vertrauen, das die Wähler ihr entgegengebracht haben, durch Taten zu rechtfertigen, oder ob sie unter allen Umständen entschlossen ist, sich auf Neben- und Agitationen in der Opposition zu beschränken. Im letzteren Falle würde voraussichtlich auch die Sozialdemokratie an der neuen Regierungsbildung nicht teilnehmen. Die U. S. P. mag es denn vor dem deutschen Volk verantworten, wenn eine reine Parteiregierung der Rechten im Reich ausbricht. Die Sozialdemokratie steht jedenfalls nicht an den Ministerposten. Im Gegenteil, sie wäre hilflos, wenn sie einmal von der Verantwortung für die Leitung des Reiches befreit sein könnte. Es wäre ihr besonders erwünscht, wenn Vertreter einer rechtsgerichteten Regierung nach Spaß gingen und dort versuchten, was sie bei der Entente durchzuführen vermögen. Aber selbstverständlich birgt jeder derartige Versuch die schwersten inner- und außenpolitischen Gefahren für das deutsche Volk in sich. Aber nicht die Sozialdemokratie, sondern die U. S. P. hat es in der Hand, diese Folge einzutreten zu lassen oder abzuwehren.

Es ist als sicher anzunehmen, daß der Reichspräsident sofort bei Zusammenritt des neuen Reichstags den bisherigen Reichskanzler Hermann Müller auffordern wird, die Bildung einer neuen Regierung zu versuchen. Es liegt auf dem Hand, daß dieses sich dann als ein Versuch an die

U. S. P. wenden wird, damit diese einen ihrer Wählergehörig entsprechenden Einfluß in der Regierung erhält und ein entsprechendes Maß von Verantwortung übernimmt. Sollte sie das verweigern, so würde wohl Herrmann Müller den Auftrag der Kabinetsbildung zurückgeben.

## „Der Geist von Potsdam“.

Die „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ schreibt am Schluß ihrer gestrigen Wahlbetrachtung:

„Das Wahlergebnis in Potsdam ist überhaupt bezeichnend für den Umschwung, der eingetreten ist. Das alte Potsdam mit dem Kaiserhof und dem Militarismus konnte geradezu als tot gelten. Reichstagsabgeordneter war damals Liebknecht; und jetzt, wo die Potsdamer den Verlust des Hofes und der hohen Garderegimenter kennen gelernt haben, ist dort das Wahlergebnis eine Wehrheit der Rechtsparteien. Der Geist von Potsdam ist wieder erwacht, das beweisen die Wahlen vom 6. Juni.“

Der „Geist von Potsdam“ ist allerdings erwacht, wenn auch nicht — wie die Deutschnationalen rühmend verkünden — im ganzen Volk, so mindestens in den Redaktionen der deutschnationalen Blätter. Das zeigt deutlich eine Auslassung der „Kreuz-Zeitung“, die gestern abend höhnisch verkündet, daß die Schwierigkeiten der Regierungsbildung nur das als zutreffend erwiesen, was wir Monarchisten immer behauptet haben, daß sich nämlich das parlamentarische System für unsere deutschen Verhältnisse mit ihrer Parteizersplitterung nicht eigne. Niederschrieben ist der Artikel: „Der gestrandete Parlamentarismus“, und der Ton, der ihn erfüllt, erinnert durchaus an jene herrlichen Zeiten, wo die „unsterbliche Jumperblauze“ eines Oldenburg von Ransau und die „Welterfahrende Hofeliane von Potsdam“ die Richtung der deutschen Politik bestimmten.

Wenn dies der „Geist“ ist, der angeblich am 6. Juni wieder erwacht ist, so kann sich das deutsche Volk gratulieren.

## Amthliche Wahlergebnisse.

Wahlkreis	Partei	Stimmen			
Wahlkreis Berlin.	Anhängige	437 166			
	Sozialdemokraten	185 283			
	Kommunisten	13 656			
	Demokraten	74 563			
	Zentrum	36 100			
	Deutsche Volkspartei	143 112			
Wahlkreis 4 (Potsdam I):	U. S. P.	542 510 (4 Sitze), E. P. D. 192 764 (3 Sitze), Demokraten 65 260 (1 Sitz), Deutsche Volkspartei 132 581 (2 Sitze), Zentrum 18 918 (kein Sitz), Deutschnationale 124 153 (2 Sitze).			
	Wahlkreis 11 (Magdeburg-Anhalt):	U. S. P.	168 365, E. P. D. 278 140, Zentrum 12 502, Deutsche Volkspartei 118 437, Deutschnationale Volkspartei 136 149, Demokraten 118 212, Nationaldemokraten 1421, A. P. D. 8909.		
		Wahlkreis 16 (Bremen):	U. S. P. D.	104 238, E. P. D. 113 551, Demokraten 81 390, Zentrum 137 660, Deutsche Volkspartei 145 150, Deutschnationale 24 367, Deutschnannoveraner 22 154, Christlichsozialistische Volkspartei 1231, A. P. D. 12 827.	
			Wahlkreis 18 (Südharz-Verbandskreis [Niedersachsen]):	U. S. P. D.	185 572 (3 Sitze), E. P. D. 277 690 (4 Sitze), Deutschnannoveraner 133 208 (3 Sitze), Zentrum 48 001, Demokraten 62 460, Deutsche Volkspartei 201 448 (3 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 68 212 (1 Sitz), Deutschnationalen 640, Nationaldemokraten 636, A. P. D. 4302 Stimmen.
				Wahlkreis 21 (Hessen-Nassau):	U. S. P. D.
Wahlkreis 23 (Rhein-Nach):	U. S. P. D.	1 Sitz (Rest 11 850), Deutschnationale keinen Sitz (Rest 88 949), Deutsche Volkspartei 1 Sitz (Rest 17 040), Zentrum 7 Sitze (Rest 23 231), E. P. D. 2 Sitze (Rest 50 863), Demokraten keinen Sitz (Rest 85 069), Christliche Volkspartei keinen Sitz (Rest 84 871 Stimmen).			
	Wahlkreis 24 (Koblenz-Trier-Wirfelseld):	U. S. P. D.	29 665, Deutsche Volkspartei 66 910, Deutschnationale 26 060, Christliche Volkspartei 29 629, Zentrum 296 377, Demokraten 15 025, E. P. D. 64 068, Witte, fraktionslos, 168.		
Wahlkreis 29 (Franken):		U. S. P. D.	2 Sitze (Rest 54 886), E. P. D. 3 Sitze (Rest 8030), Deutschnationale Partei keinen Sitz (Rest 2973), Bayerische Volkspartei 5 Sitze (Rest 9257), Bayerische Mittelpartei der deutschnationalen Partei angeschlossen, 3 Sitze (Rest 81 386), Demokraten 2 Sitze (Rest 11 706), Deutsche Volkspartei keinen Sitz (Rest 80 507), A. P. D. keinen Sitz (Rest 10 978 Stimmen).		

## Die Stimmzahlen in Bayern.

München, 8. Juni.  
Die die Korrespondenz Hoffmann meldet, stand als vorläufiges Ergebnis der Reichstagswahl in Bayern am 8. Juni, mitags 12 Uhr, folgendes fest: Bayerische Volkspartei 1 196 533, E. P. D. 470 568, Deutsche Volkspartei und Mittelpartei 400 914, U. S. P. D. 371 110, Deutschnationalen 228 651, Bayerischer Bauernbund 214 887, Kommunisten 87 360, Deutschnationale Partei 2458. Aus acht ländlichen Bezirken fehlen noch die Ziffern.

## Das Ergebnis in Sachsen.

31. Wahlkreis (Dresden-Bautzen). Sozialdemokraten 222 498, Deutsche Volkspartei 159 729, Unabhängige 165 813, Zentrum 13 809, Deutschnationale 123 661, Demokraten 83 698, Deutscher Volkspartei 6622, Kommunisten 8789 Stimmen. Demnach sind gemäß: 3 Sozialdemokraten, 2 Deutsche Volkspartei, 2 Unabhängige, 2 Deutschnationale und 1 Demokrat. Die Zuteilung der Mandate im Wahlkreisverbande des Freistaates Sachsen ist daher folgendermaßen richtigzustellen: 9 Sozialdemokraten, 9 Unabhängige, 1 Kommunist, 3 Demokraten, 7 Deutsche Volkspartei und 2 Deutschnationale.

## Die Bremer Bürgerchaftswahlen.

Am gleichen Tage mit den Reichstagswahlen haben in Bremen die Wahlen zur Bremischen Bürgerchaft stattgefunden. Auch da, wie bei den Wahlen zum Reichsparlament, hat die U. S. P. D. einen großen Erfolg zu verzeichnen; sie hat die weitens meisten Stimmen auf sich vereinigt, während die Rechtssozialisten auf fast die Hälfte ihrer Stimmzahl zurückgegangen sind. Das Zahlenverhältnis der Parteien zur Bremer Bürgerchaftswahl stellt sich wie folgt dar: (in Klammern die Ergebnisse der vorjährigen Bürgerchaftswahlen) U. S. P. D. -Liste rund 50 000 Stimmen, 37 von 120 Sitzen (28 693); Rechtssozialisten 29 217 Stimmen, 22 Sitze (48 579); Deutsche Volkspartei 43 964 Stimmen, 24 Sitze (17 998 mit Deutschnat.); Demokraten 21 720 Stimmen, 17 Sitze (29 483); Deutschnat. Volkspartei 8 580 Stimmen, 7 Sitze; A. P. D. 7 313 Stimmen, 5 Sitze (11 358); berufständische Listen 7 052 Stimmen, 6 Sitze; Zentrum 3 267 Stimmen, 2 Sitze. — Die diesmaligen Wahlen haben ein Zurückgehen der Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen gebracht. Im Bremer Landesparlament kann weder eine regierungsfähige Rechte, noch eine regierungsfähige Linke gebildet werden, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die neuentstandene Bürgerchaft aufgelöst und eine Bürgerchaftswahl vorgenommen wird, um auf diese Weise zu einem regierungsfähigen Block zu kommen.

## Die sozialistische Presse Frankreichs über den Wahlausfall.

H.N. Paris, 8. Juni.  
In Frankreich gibt es nur wenige Blätter, die mit dem Ausfall der deutschen Wahlen zufrieden sind. Nur „Leit Bleu“ meint, daß Deutschland jetzt eine Regierung bekommen werde, die eine gewisse Sicherheit und Garantie für die Ausführung des Friedensvertrages bietet. Die sozialistischen Blätter äußern ihre Freude über die Erfolge der Sozialisten. „Humanité“ schreibt, daß die Unabhängigen die Belohnung erhalten haben für ihre tapfere Propaganda erst gegen den Krieg und dann gegen die sozialistische Abirrung. Sie vertritt die großen Traditionen von Marx und ist überreich an bedeutungsvollen Männern. Mit den Kommunisten und den Mehrheitssozialisten, die sich von ihren alten Führern trennen werden, um zum Sozialismus der Tat überzugehen, können die Unabhängigen einen festen Block bilden, der sich nicht zufrieden geben wird mit dem Kampf gegen die Minderheit der Reaktion, sondern der inmitten von Deutschland den Sozialismus mächtig aufrichten wird mit weitem Blick und der bereit sein wird zur Vollziehung der zweiten Revolution.

## Englands Kampf gegen Irland.

D. A. London, 7. Juni.  
Die Lage in Irland verschärft sich zusehends. Einerseits nehmen die kriegerischen Kämpfe der englischen Regierung immer größeren Umfang an, andererseits sind die irischen Landarbeiter anscheinend jetzt zum äußersten entschlossen. Zwei Vertreter der irischen Gewerkschaften, Farrell und Johnson, sind in England eingetroffen, um in der Frage der Munitionstransporte die englische Arbeiterklasse zu einer energischen Unterstützungsfaktion der irischen Streikenden zu veranlassen. Sie erklären, daß, wenn Eisenbahnzüge mit Hilfe von Truppen abgefahren würden, sie zum Entgleisen gebracht werden würden, das bedeute dann den Krieg. Sie fügten hinzu, daß neuerdings die Munitionstransporte für die „neue Armee und neue Offensiv“ gegen Irland auf dem Seewege beschleunigt würden und daß in jedem Falle ein Eingreifen des Militärs zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes mit dem sofortigen Generalkrieg der irischen Eisenbahner beantwortet werden würde.

Inzwischen sind die beiden Schlachtschiffe „Valiant“ und „Basilisk“ nebst drei Zerstörern in Queenstown eingelaufen und haben 1200 Marinejäger an Land gesetzt. Ferner ist in Devonport das 1. Bataillon des 29. Regiments nach Irland verladen worden. Nach Feststellungen Churchill's stehen jetzt zur Verfügung der englischen Streitmacht in Irland 40 Tanks und 28 Flugzeuge. Hält man alle diese Truppen zusammen mit den unangesehen sich wiederholenden nächtlichen Ueberfällen auf Polizeistationen usw., so kann man sich kaum noch des Eindruckes erwehren, daß zwischen England und Irland tatsächlich bereits der Kriegszustand besteht.

Rotterdam 8. Juni.  
Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, trofen große Mengen Munition in Irland ein. Die Polenkommissare in Cork weigerten sich, die Kräfte für die Ausladung von militärischen Kraftwagen zur Verfügung zu stellen, worauf die Polen sich mit Gewalt in den Besitz der Kräfte setzten. Die Schweizer in Liberia weigerten sich, Koblenz zu bunkern, die für Polizeiwachhäuser bestimmt waren. Die Polizei hat sie darauf unter militärischer Bewachung geföhrt.

Eine neue deutsche Note zur Schiffauslieferung. Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission in Paris eine neue Note fertiggestellt, die noch einmal auf die Schwierigkeiten in der Frage der Auslieferung deutschen Schiffsräume hinweist und des Intentionen der Regierung bereits am 4. h. Mis. überreicht worden ist.

Die Abstimmung in Ostpreußen. Nach einer Meldung der Telegraphen-Union ist als endgültiger Termin für die Abstimmung in Ostpreußen der 11. Juni festgesetzt worden. Der Wahrscheinlichkeit nach wird dieses Datum auch für die Abstimmung in Westpreußen Geltung haben.

Reise nach Rumänien. Der Kaiserzug 5, der am 18. April 1920 zur Abholung deutscher Kriegsgefangener nach Bukarest abgehandelt wurde, ist heute mit 450 deutschen Kriegsgefangenen in Deutschland wieder eingetroffen. Die Heimkehrer sind dem Durchgangslager Reize gepreitet.

Drohender Streik im Saar-Bergbau. Die Bergarbeiterorganisationen des Saargebietes brachen die Bohnerbandlungen mit der französischen Bergwerksdirektion ab. Falls die Saarregierung nicht in letzter Stunde vermittelnd eingreift, droht für den gesamten Saar-Bergbau der Ausbruch des Generallstreiks.

Streik in Böhmen. Wie das „Prager Abendblatt“ meldet, ist die Arbeiterchaft in den Bezirken Karlsbad, Eiboden, Falkenau, Reubed, Graslitz wegen Hungersnot in den Streik getreten.

Aufhebung von Ausfuhrverboten in Frankreich. „Leit Bleu“ berichtet, daß der Handelsminister eine Notiz an die Reichsregierung über die Aufhebung nach Frankreich vorzunehmen werde. Die Einfuhr soll für diese Waren verboten werden.





Gewerkschaftliches.

Drohende Massenentlassung von Postausbessern.

Der Verband des Post- und Telegraphenpersonals hatte...

Näheres über die in der nächsten Woche beginnenden Betriebs...

Der Beginn der Versammlungen ist auf 7 Uhr festgesetzt...

Groß-Berlin.

Kartoffelnot — oder — Not mit Kartoffeln.

Den ganzen Winter hindurch hatte die Einwohnerschaft...

Alljährlich wird durch Ernteschätzungskommissionen der...

Wände der Ernteertrag vollständig erfasst, würde der...

Es gibt in Groß-Berlin Gemeinden, die heute Kar-

Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Am Montag, den 7. Juni, fand die Fortsetzung der ordent-

Genosse Stoll gab den Bericht der Revisionskommission...

sonders die gegen die Geschäftsführung vorgebrachten Beschwerden...

Zusammenfassend betonte Stoll, daß im allgemeinen die...

In der Diskussion wurden dann einige allgemeine gestell-

In einem kurzen Schlusswort betonte Genosse Käter, daß...

Die Wahl des Vorstandes ergab die Annahme des Vor-

Lebstoff für Kinder.

Um die Berliner Gemeinderatskinder mit gutem Lebstoff...

Für unsere Frauen.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, der illustrierten...

Betriebsräte.

Gruppenversammlungen der Betriebsräte der Ufa.

Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche finden in...

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Der Kranke lächelte und sagte mit matter Stimme:...

„Du mußt mit mir“, sagte, als es damit anhub,...

„Gar langsam ging diesmal dem Holzgänger die Arbeit...

